



**University of
Zurich** ^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
Main Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

Das Bankgeschäft sollte wieder langweilig werden

Valda, Andreas ; Hoffmann, Mathias

Abstract: Wirtschaftsprofessor Mathias Hoffmann empfiehlt, den Finanzplatz nicht speziell zu fördern.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-71194>
Newspaper Article

Originally published at:

Valda, Andreas; Hoffmann, Mathias. Das Bankgeschäft sollte wieder langweilig werden. In: Tages-
Anzeiger, 20 December 2012, p.31.

Wirtschaft



Gastgeber Jan Stiller und Partnerin verstossen im Lenkerhof mit Erfolg gegen einige Gesetze der Luxushotellerie. 33

Die Schweiz soll zur Drehscheibe für die chinesische Währung werden

Der Bundesrat schlägt im neuesten Finanzmarktbericht vor, dass die Schweiz ein Handelsplatz für den chinesischen Renminbi wird. Entsprechende Gespräche mit Peking seien aufgenommen worden.

Von **Andreas Valda, Bern**

Zuletzt hagelte es Vorwürfe gegen den Bundesrat. Die Regierung handle nicht vorausschauend. Sie lasse sich von anderen Ländern und internationalen Organisationen unnötig unter Druck setzen, zum Beispiel bei der Steueramtshilfe. Der Bundesrat erfinde laufend juristische Sonderlösungen, die international nichts taugten, so etwa die Idee einer Selbstdeklaration der Bankkunden zu Steuerzwecken. Ihr fehle die Gesamtübersicht mit Blick nach vorne. Eine Strategie zur Legalisierung unversteuerten Vermögen allein könne nicht der Kern der politischen Initiative aus Bern sein.

Mit einem Monat Verspätung hat der Bundesrat gestern einen 66-seitigen Bericht veröffentlicht, der die wichtigsten Pfeiler seiner Finanzmarktstrategie umreissst.

● **Weissgeld:** Dazu gehört die Missbrauchsbekämpfung im Geldwäscherei- und Steuerbereich (TA vom Samstag). Die Schweiz soll eine «internationale Vorbildfunktion» einnehmen, steht im Kapitel Schlussfolgerung zu lesen. Das überrascht insofern, als Parlamentarier von der Mitte bis rechts regelmässig verlangen, die Schweiz solle sich in dieser Frage nicht als Musterknabe aufspielen. Andere Finanzplätze wie London, Hongkong oder Singapur würden gar nichts zur Bekämpfung der Geldwäscherei unternehmen.

● **Wettbewerbsfähigkeit:** Die Schweiz soll globale Regulierungsstandards für die Banken übernehmen. Auf Sonderzügen soll verzichtet werden. Die Bedingungen für bestehende und neue Geschäftsfelder sollen «durch regulatorische und steuerliche Anpassungen» verbessert werden. Der Bundesrat positioniert sich hier anders als das Parlament, das zuletzt zum «Swiss Finish» neigte und dies etwa bei den Eigenkapitalvorschriften für Banken durchexerzierte. Das Parlament sah härtere Regeln vor mit dem Ziel, das Finanzsystem zu stabilisieren.

● **Wirtschaft:** Der Bundesrat will unter dem Titel «begleitende Massnahmen» dafür sorgen, dass die Banken Firmen und Privaten zudienen - und nicht umgekehrt -, indem sie attraktive Finanzierungen und eine «kostengünstige und vielfältige Produktpalette» anbieten. Die Branche soll «Kunden angemessen informieren». Die Regierung verspricht sich zudem Vorteile für den Finanzplatz, sollte es gelingen, ein «attraktives, international akzeptiertes System der Unternehmensbesteuerung» einzurichten. Das heisst, die Schweiz sollte mit der EU und der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) möglichst schnell ins Reine kommen. Diese verlangen, dass Firmenkonstrukten, die zur Steuervermeidung errichtet werden, ein Riegel geschoben wird.

Zutritt für chinesische Firmen

Unter dem Titel «verbesserte Rahmenbedingungen für den Kapitalmarkt» steht ein Kapitel, das politische Beobachter überrascht. Die Schweiz solle zur bedeutenden internationalen Drehscheibe für die chinesische Währung Renminbi werden, fordert der bundesrätliche Bericht. «Nach Einschätzung der Branche wäre es zum jetzigen Zeitpunkt günstig, chinesischen Unternehmen den Zugang zum Schweizer Kapitalmarkt zu erleichtern und dadurch zu einem Hub für Renminbi-Geschäfte zu werden.»

Der Renminbi ist zwar noch nicht frei handelbar. Aber Fachleute erwarten, dass er sich mittelfristig neben Dollar, Yen und Euro zur vierten Weltwährung entwickelt. Hongkong hat sich unter chinesischer Aufsicht bereits als Renminbi-Drehscheibe etabliert. Hinzugekommen sind «seit kurzem auch London und Singapur», so der Bericht. Damit Zürich zu einem Hub wird, müsste der Bundesrat entsprechende Verhandlungen mit China aufnehmen. Die Branche, so lässt



Der Bundesrat wünscht, dass die Schweiz bezüglich Weissgeldstrategie international zum Vorbild wird. Foto: Keystone

der Bericht durchschimmern, fordert «Unterstützung durch die Behörden im bilateralen Dialog mit China und in Bezug auf regulatorische Fragen». Im Grundsatz haben sich China und die Schweiz bereits darauf geeinigt, einen Finanzdialog aufzunehmen. Die technische Umsetzung des Handels mit Renminbi-Wertpapieren wäre der «Initiative des Privatsektors überlassen».

CVP-Finanzpolitiker und Ständerat Pirmin Bischof begrüsst gestern, dass der Bundesrat erstmals eine wirtschaftliche Vision für den Finanzplatz vorstellt. Er hatte letzte Woche im Namen der CVP-Fraktion eine Task-Force gefordert, die Zukunftsfragen diskutieren sollte. «Das Beispiel des Renminbi freut mich. Die Schweiz könnte so ein weiteres Standbein im Devisenhandel auf-

bauen und würde damit weniger vom Dollar und Euro abhängig sein», sagte Bischof.

Wirtschaftsprofessor Mathias Hoffmann von der Universität Zürich warnt hingegen vor zu viel Euphorie. Solange China nicht den freien Kapitalverkehr für den Renminbi beschliesse, bleibe eine solche Drehscheibe ein volkswirtschaftliches Risiko für die Schweiz.

Was vom Bericht des Bundesrats zu halten ist

«Das Bankgeschäft muss wieder langweilig werden»

Wirtschaftsprofessor **Mathias Hoffmann** empfiehlt, den Finanzplatz nicht speziell zu fördern.

Mit **Mathias Hoffmann** sprach **Andreas Valda**

Der Bundesrat skizziert erstmals die wirtschaftliche Zukunft des Finanzplatzes. Hat der Bericht Sie überrascht?

Nein. Ich halte ihn für ausgewogen. Die Politik hat der Versuchung widerstanden, sich die Förderung einzelner Geschäftsfelder im Finanzbereich zu sehr auf die Fahne zu schreiben.

Warum sollte sie das nicht tun?

In der Schweiz gibt es grosse Skepsis gegenüber staatlicher Förderung der Industrie. In meinen Augen zu Recht. Warum sollte die Politik die Finanzbranche als Ganzes oder in Teilbereichen stärker fördern als andere wichtige Wirtschaftsbereiche wie beispielsweise die mittelständische Exportwirtschaft? Das wäre nicht plausibel.

Die Schweizer Regierung sollte sich also zurückhalten?

Es ist richtig, dass der Bundesrat die anstehenden politischen Probleme wie



Mathias Hoffmann

Der 40-Jährige ist Professor für internationalen Handel und Finanzen an der Universität Zürich.

etwa die Umsetzung der Weissgeldstrategie zu lösen versucht. Ausserdem muss der Marktzugang, zum Beispiel in der EU, gesichert werden. Das sind wichtige Punkte, für welche die Politik zuständig ist. Doch eines darf nicht übersehen werden: Weltweit wird der Finanzmarkt durch schärfere Regulierung redimensioniert werden. Idealerweise sollte das Bankgeschäft wieder langweilig werden. Seine Bedeutung an der Wertschöpfung wird voraussichtlich abnehmen. Dies trifft auch für die Schweiz zu. Das muss ihr aber insgesamt nicht unbedingt schaden.

Warum nicht?

Ein funktionierendes Finanzsystem ist natürlich Voraussetzung für eine positive Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft. Es gibt aber einen latenten Konflikt zwischen der Finanzbranche und der sogenannten Realwirtschaft. Finanz- und Banken Krisen ereignen sich in schöner Regelmässigkeit und haben jeweils massive, negative Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft. Ein anderes Problemfeld sind die Wechselkurse: Wenn internationale Investoren die Schweiz als sicheren Hafen sehen, ist das zwar ein schöner Vertrauensbeweis für unser Land. Da die Schweiz aber sehr klein ist, wird sie von all dem ausländischen Kapital regelrecht überschwemmt. Das führt zu Vermögenspreisschüben - etwa im Immobiliensektor - mit all den Gefahren, die das für die Stabilität mit sich bringt. Und es führt zu der zu beobachtenden Aufwertung des Frankens, die der Exportwirtschaft sehr zu schaden macht. Gerade ein kleines Land wie die Schweiz muss also eine gute Balance zwischen der internationalen Bedeutung der Finanzbranche und der anderer Sektoren finden.

Wie ist das zu erreichen?

Indem die Politik an einem attraktiven Wirtschaftsstandort arbeitet, der für viele Branchen interessant ist. Dazu gehören neben politischer Freiheit und Rechtssicherheit ein erstklassiges Bildungssystem und ein solid finanziertes Sozial- und Gesundheitssystem. Ganz wichtig für ein kleines Land ist auch der freie Güter- und Kapitalverkehr. In all diesen Bereichen ist die Schweiz vergleichsweise stark, und davon profitieren alle - indirekt auch die Vermögensverwaltung. Ich bin überzeugt: Wenn ein asiatischer Kunde die Wahl hat zwischen Dubai oder Zürich, dann wird er längerfristig auch deswegen Zürich wählen, weil er hier die professionellste Beratung durch hervorragend ausgebildete Fachleute findet und gleichzeitig die bei weitem grössere politische Stabilität und Rechtssicherheit.

In seinem Bericht schlägt der Bundesrat eine Stärkung des Offshorehandels mit der chinesischen Währung Renminbi vor. Heikel?

Das ist ein potenziell sehr interessanter Markt. Aber Finanzplätze wie London, Singapur und Hongkong buhlen um das gleiche Geschäft. London hat wegen seiner Grösse einen besonderen Vorteil und ist schon Zentrum des Offshorehandels in Euro und Dollar. Hongkong ist Teil Chinas und von daher begünstigt. Sich ein gutes Stück von diesem Kuchen abzuschneiden, ist also nicht leicht. Zudem gibt es Risiken, die wiederum die ganze Schweizer Wirtschaft betreffen können. China hat keinen freien internationalen Kapitalverkehr, und die Entwicklung eines Offshoremarktes hängt daher ganz besonders vom Goodwill der chinesischen Regierung ab.

Börse

SMI 6946 Punkte	+0.49%
Dow Jones Industrial 13252 Punkte	-0.74%
Euro Stoxx 50 2655 Punkte	+0.42%
Euro in Franken	1.21 +0.13%
Dollar in Franken	0.91 -0.10%
Euro in Dollar	1.33 +0.23%
Rendite Bundesobligationen, in %	0.49 +0 Bp
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	110.15 +1.29%
Gold (Unze) in Dollar	1670.50 -0.27%

Nachrichten

Steuerstreit

Drei weitere Schweizer Banker in den USA angeklagt

Erneut sind Schweizer Banker ins Visier der US-Justiz geraten. Die Staatsanwaltschaft in Manhattan erhob am Mittwoch Anklage gegen drei Schweizer Kundenberater. Nach Behördenangaben sollen sie US-Kunden geholfen haben, mehr als 420 Millionen Dollar vor den Steuerbehörden zu verstecken. Keiner der drei Kundenberater sei verhaftet worden, hiess es weiter. Für welche Bank sie arbeiteten, wurde zunächst nicht bekannt. Anfang Jahr waren in den USA bereits drei Banker der inzwischen zerbrochenen St. Galler Privatbank Wegelin wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung angeklagt worden. (SDA)

Banken

Jede vierte Privatbank ist laut einer Studie unrentabel

Gemäss einer Studie der Beratungsfirma KPMG und der Uni St. Gallen arbeitet rund ein Viertel der Schweizer Privatbanken nicht mehr profitabel. Die Hauptprobleme seien: ungenügende Eigenkapitalrendite, anhaltende Verluste, Verschiebung der verwalteten Vermögen hin zu grösseren Banken und ungenügende Effizienz. Die Experten erwarten noch mehr Druck auf die Geldhäuser, sodass die Zahl der Privatbanken in absehbarer Zeit sinken dürfte. (SDA)

Flugverkehr

Swiss-Manager Häty nimmt eine Auszeit

Swiss-Geschäftsleitungsmitglied Holger Häty verlässt die Airline. Der 54-jährige Manager nimmt aus familiären Gründen eine mehrmonatige Auszeit. Zeitweise wird er bei Swiss allerdings noch einspringen. Die Trennung erfolge im besten Einvernehmen, teilte die Airline mit. Häty war 18 Jahre lang für die Lufthansa tätig, bevor er im Juli 2009 als Chief Commercial Officer zur Swiss stiess. Bei Swiss war er für das Ertragsmanagement, den weltweiten Vertrieb, Marketing und den Bereich Produkt & Service verantwortlich. Bis sein Nachfolger gefunden ist, übernimmt Swiss-Chef Harry Hohmeister den Posten. (SDA)

Tourismus

Jungfraubahnen investieren 200 Millionen Franken

Die Jungfraubahn-Gruppe will das Skigebiet Kleine Scheidegg-Männlichen im Berner Oberland besser erschliessen. Für rund 200 Millionen Franken soll bis 2016 eine neue Verbindungsbahn auf den Männlichen und zum Eigergletscher gebaut werden. Die bestehende Zahnradbahn von Grindelwald und Lauterbrunnen auf die Kleine Scheidegg bleibt in Betrieb, deren Kapazität soll aber reduziert werden. (SDA)

Arbeitsbedingungen

Messe Basel reagiert auf Kritik an Dumpinglöhnen

Die wochenlange Kritik an den Arbeitsbedingungen auf der Basler Messebaustelle zeigt Wirkung: Die Arbeiter sollen nicht länger unter unsauberen Umständen ihrer Arbeitgeber leiden müssen. Kommt es zu Lohn Dumping oder bleiben Lohnzahlungen ganz aus, wollen die Bauherrin und der Totalunternehmer in die Bresche springen. Falls erforderlich, wollen die MCH Messe Basel und die HRS Real Estate «unbürokratisch und direkt unpräjudizielle Unterstützung leisten». (SDA)